

tende Gefährdungslage in Europa dürfte eine *weitere personelle Schrumpfung* der Bundeswehr ermöglichen bzw. nahelegen. Damit unterläge das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht einer *schleichenden Aushöhlung*. Wie soll man junge Männer für den ohnehin ungeliebten Wehrdienst motivieren, wenn ein beträchtlicher Teil ihrer Altersgenossen nicht gebraucht wird und auch keinen Zivildienst zu leisten hat? Mit einer weiteren Wehrdienstverkürzung läßt sich das Problem fehlender Wehrgerechtigkeit vermutlich nur teilweise auffangen.

Befürworter einer Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee können auch darauf verweisen, daß für mögliche Einsätze deutscher Streitkräfte – unter europäischem oder UNO-Kommando – in Krisenregionen nur gut ausgebildete und hoch motivierte Soldaten zu gebrauchen wären, daß es bei den nach Ende des Ost-West-Konflikts verbleibenden bzw. neu hinzutretenden Szenarios für den Einsatz der Bundeswehr weniger auf Quantität als auf Qualität ankomme und vor allem Spezialisten gefragt seien. Dazu kommt: Wenn der Staat die Wahrung der inneren Sicherheit hauptberuflichen Polizisten anvertraut, warum soll er nicht auch angesichts der verbleibenden Risiken für die äußere Sicherheit auf hauptberufliche Soldaten setzen?

Die Befürchtung, mit dem Übergang von einer Wehrpflicht- zu einer Berufsarmee könne in der Bundesrepublik eine von der Gesellschaft abgekoppelte Militärkaste entstehen, von der möglicherweise sogar Gefahren für die demokratische Ordnung ausgehen könnten, ist sicher nicht völlig von der Hand zu weisen. *Wolf Graf von Baudissin* sprach in einem Diskussionsbeitrag für das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ (2. 8. 91) von der Gefahr einer „tiefen ideologischen Kluft“ zwischen Berufssoldaten und Teilen der Bevölkerung. Nicht akzeptierte Mitbürger fühlten sich als Außenseiter und seien leicht für elitäre Ideologien empfänglich.

Eine solche Entwicklung müßte allerdings nicht zwangsläufig eintreten, man könnte ihr vielmehr auch gegen-

steuern. Auch eine Berufsarmee müßte selbstverständlich dem Primat der Politik untergeordnet sein, auch für sie müßte das Leitbild vom „Bürger in Uniform“ und das Ziel einer bewußten Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft gelten. Im übrigen stellt sich die Aufgabe, die Aufrechterhaltung (und Finanzierung!) eines Minimalbestandes an militärischen Kräften angesichts völlig veränderter politisch-ideologischer Rahmenbedingungen in Europa zu legitimieren, bei einer Wehrpflichtarmee nicht anders als bei einer Berufsarmee. Im einen wie im anderen Fall wird man sich bei dieser Aufgabe in Zukunft vermutlich ziemlich schwertun.

Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht läßt sich auch nicht einfach damit begründen, daß beim Übergang zu einer Berufsarmee der *Zivildienst* in der bisherigen Form hin-fällig würde und damit große Lücken bei der Versorgung von kranken, behinderten und pflegebedürftigen Menschen entstünden. Wohl aber könnte die faktische Entwicklung im Verhältnis von Wehr- und Zivildienst Argumente für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht liefern. Auch wenn derjenige, der den Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigert, dies eigens begründen muß, handelt es sich dabei inzwischen nur noch um eine Formsache. De facto besteht jetzt schon eine Wahlmöglichkeit zwischen Wehr- und Zivildienst, zumindest wird die Sache von vielen Betroffenen so betrachtet.

Auf diesem Hintergrund könnte man mit der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht bei freier Wahl zwischen Dienst in der Bundeswehr und in anderen Bereichen möglicherweise zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Nachteile eines grundsätzlich vertretbaren Übergangs zur reinen Berufsarmee wären zu vermeiden, gleichzeitig würde der Staat deutlich machen, daß vom einzelnen ein Stück Einsatz für die Gemeinschaft verlangt werden kann. Über die konkrete Ausgestaltung einer solchen Dienstpflicht ist damit noch nichts gesagt, weder was die Konsequenzen für die Bundeswehr betrifft (wie werden diejenigen, die

sich für den Wehrdienst entscheiden, dann ausgebildet und eingesetzt?) noch im Blick auf die verschiedenen zivilen Einsatzfelder, die in Frage kämen. Zu klären wäre schließlich auch, inwieweit eine Beschränkung der Dienstpflicht auf den männlichen Teil der Bevölkerung zu rechtfertigen wäre. Zu wünschen ist aber vor allem, daß über alle Fragen sowohl bezüglich der Neuordnung der militärischen Komponente der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wie der Sozialpolitik ohne Scheuklappen und mit dem Willen zu konstruktiven und konsensfähigen Lösungen diskutiert wird.

ru

## Friedensstifter

*Zum Tod des Altbischofs von Brixen, Joseph Gargitter*

Es wurde nicht viel Aufhebens gemacht vom Tod des Altbischofs von Bozen-Brixen, *Joseph Gargitter*, der am 17. Juli nach einem Schlaganfall in einem Bozener Krankenhaus 74jährig starb. Selbst in seiner ehemaligen Diözese und in ganz Tirol war das Echo eher verhalten. Die in Bozen erscheinenden „Dolomiten“ brachten nicht einmal einen eigenen Nachruf, sondern begnügten sich mit der Wiedergabe der Biographie aus dem Buch eines örtlichen Kirchenhistorikers. Und die in Innsbruck herausgegebene, von einem Landsmann des Bischofs geleitete katholische Wochenzeitung „präsent“ widmete ihm ganze schmale 36 Zeilen. So manche Volkstumspolitik und ihr journalistischer Anhang haben ihm wohl seine ausgleichende Haltung im Verhältnis zur italienischen Volksgruppe in Südtirol, also das, was ihn als Bischof seit jeher auszeichnete, nicht verziehen. Dies wirkte offenbar bis in den Tod hinein nach.

Doch Bischof Gargitter war eine weit aus den örtlichen Verhältnissen herausragende Gestalt, durch kleinliche Aufrechnung kaum angreifbar, eine Ausnahmeerscheinung unter den Bi-

schöfen der näheren und weiteren Umgebung, in Rom hoch angesehen – *Achille Silvestrini*, einst vatikanischer „Außenminister“ und seit kurzem als Kardinal Leiter der Ostkirchenkongregation, ein guter Kenner der örtlichen Verhältnisse, bezeichnete Gargitter einmal öffentlich als „einen der besten Bischöfe der Welt“ – und unter italienischen, österreichischen und deutschen Bischöfen gleich geachtet.

Früh war er Bischof geworden: 1952, damals mit 35 Jahren der jüngste. Er hatte als Bischof eine der längsten Amtszeiten, gut 34 Jahre leitete er seine Diözese – in einer Zeit turbulenter Ereignisse und eines stürmischen gesellschaftlichen Wandels im Lande, zu dem er, ein weit vorausschauender Kirchenmann, selbst nicht wenig beitrug. Nach einem ersten leichten Schlaganfall trat er 1986 von der Leitung der Diözese – auch das eine der seltenen Ausnahmen im Episkopat – noch vor dem Erreichen der Altersgrenze als Diözesanbischof zurück, als er spürte, daß es körperlich und seelisch nicht mehr reichte. Und er konnte es einrichten, daß bereits am Tag seines Rücktritts zur vollen Zufriedenheit der Bevölkerung und des Klerus sein Nachfolger ernannt wurde.

Als Bischof eines politisch lange unruhigen Grenzgebietes mit gemischter Bevölkerung befand er sich während seiner ganzen Amtszeit in einer *Sonderstellung*. Zum kirchlichen Amt gehörte die unauffällige, aber einflußreiche politische Stellung – in einem Gebiet mit überaus katholisch geprägter Bevölkerung bei großen mentalen und sozialen Unterschieden zwischen den Volks- und Sprachgruppen eine Selbstverständlichkeit, aber deswegen auch besonders schwierig.

In den frühen sechziger Jahren, von Johannes XXIII. dazu bestellt, war Gargitter vorübergehend auch Apostolischer Administrator der Erzdiözese Trient. Die Zeit der Personalunion mit der Nachbardiözese war kurz, etwas mehr als zwei Jahre, aber sie wurde zum Vorspiel einer Gesamtneuumschreibung der Diözesen im Zentralalpenraum. Im August 1964 wurde der deutschsprachige Anteil

von Trient zur Südtiroler Restdiözese Brixen geschlagen, die seitdem Bozen-Brixen heißt. Damit stimmten in Südtirol, wie es das Laterankonkordat von 1929 für ganz Italien vorsah, Diözesan- und Provinzgrenzen überein. Das Land war in einer Diözese vereint. Mit gleichem Datum wurde die Administratur Innsbruck, bis nach dem Ersten Weltkrieg zu Brixen gehörig, selbständige Diözese. Vier Jahre später wurde das Vorarlberger Gebiet von Innsbruck getrennt und mit Sitz in Feldkirch ebenfalls eigene Diözese.

Gargitter betrieb – auch auf Drängen Roms – nicht nur die kirchliche Vereinigung Südtirols unauffällig und konsequent, er verstand es, in erstaunlich kurzer Zeit aus den beiden nach Bevölkerungs- und Sozialstruktur höchst unterschiedlichen Diözesanteilen wirklich *eine Ortskirche* zu machen, nicht zuletzt durch Modernisierung der kirchlichen Verwaltungsstrukturen, die auch durch die Verlegung des Bischofssitzes aus dem mehrheitlich deutschen, kleinstädtisch und klerikal geprägten Brixen in das bevölkerungsmäßig mehrheitlich italienische Bozen erleichtert wurde.

Indessen ist die *gesellschaftspolitische Leistung* Gargitters nicht minder hoch zu veranschlagen als seine kirchenpolitische und seelsorgliche. Er hat viel Geduld aufgebracht und viele Mißverständnisse in Kauf genommen, um zwischen der deutschen und italienischen Volksgruppe friedlichere Verhältnisse zu schaffen und mehr Verständnis füreinander zu wecken, als es jedenfalls zwischen der in der ersten Generation in Südtirol lebenden, aus ganz Italien zusammengewürfelten italienischen und der vorwiegend ländlichen, bodenständigen deutschsprachigen Bevölkerung lange möglich schien. Und er hat durch Wort und Tat sehr viel zur sozialökonomischen Entwicklung des bis in die sechziger Jahre wirtschaftlich weit rückständigen Gebietes beigetragen. Wenn Südtirol ein hohes Wohlstandsniveau bei ausgeglichener Wirtschaftsstruktur erreicht hat, dann ist dies auch mit ein Verdienst des verstorbenen Bischofs. Als die politische Garnitur des Landes mehrheitlich noch in steriler

Volkstumspolitik verharrte, ohne viel Sinn für das ökonomisch Zuträgliche und sozial Erforderliche zu entwickeln, warb der Bischof bereits nachdrücklich und trotz aller seelsorglichen Bedenken für den Ausbau des Fremdenverkehrs und die Ansiedlung von Kleinindustrie in Südtiroler Tälern. Er half damit gerade der deutschsprachigen Bevölkerung.

Als Kirchenmann hat Gargitter in seiner langen Bischofszeit einen starken Wandel durchgemacht und wohl auch durchlitten. Als junger Bischof war er Klerus und Volk ein gestrenger Herr, ein Hierarch, römisch gebildet, distanziert, intellektuell überlegen, ganz Autorität, eine kirchenfürstliche Erscheinung nach dem Bilde des I. Vatikanums. Die Amtserfahrung, der gesellschaftliche Umbruch im Lande und vor allem das II. Vatikanum haben ihn verändert. Zwar spielt er auf dem Konzil selbst keine so herausragende Rolle wie sein ferner Vorgänger Vinzenz Gasser, ein entschiedener Verfechter des Primats und der päpstlichen Unfehlbarkeit auf dem I. Vatikanum. Aber in der Vorbereitungskommission und dann in der Konzilskommission für die Bischöfe hat er am Bischofsbild des II. Vatikanums kräftig mitgefeilt. Und er hat es dann als Bischof – in zwei Diözesansynoden eingeübt – gelebt: umsichtig, kooperationsbereit, weitblickend, mit erkennbarem Verständnis auch für diejenigen, die es in der nachkonziliaren Krisenzeit im geistlichen Beruf nicht mehr aushielten. Wer ihm in seinen letzten Lebenstagen begegnete, erlebte einen durch Einsicht und Leiden gütig gewordenen Menschen.

Für sein Land kommt ihm das doppelte Verdienst zu: Frieden gestiftet zu haben durch Entspannung des politischen und des sozialen Klimas – seine Sozialhirtenbriefe waren gefragte Dokumente – und die Kirche des Landes aus der Einheit von Kirche und Volkskultur so in plurale Verhältnisse geführt zu haben, daß sie auch dort auf solider Grundlage leben und wirken kann. Als Bauherr war er trotz der eher kargen Verhältnisse unübertrefflich. Insbesondere die Erwachsenenbildner werden es ihm lange und weit über seine Diözese hinaus danken. se